

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Volksehrwürdigen Leipziger, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großh. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark., für Selbst-abböler 1.00 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206 — Volksehrwürdig Leipziger Nr. 534 77	Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. — Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72206	Inseratenpreise: Die 10 gespalt. Kolonelle 35 Pf., bei Plabvordr. 40 Pf. Stellenangebote 10 gesp. Kolonelle 25 Pf. Familiennachrichten von Privat- die 10 gesp. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 M. Inserate v. ausw.: die 10 gesp. Kolonelle 40 Pf. bei Plabvordr. 50 Pf., Reklamezeile 2.25 M.
--	--	---

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die Wahlparole des Bürgerblocks

Das Notprogramm der Regierung

SPD Berlin, 18. Februar (Radio).

Das Arbeitsprogramm der Bürgerblockregierung ohne Bürgerblock ist auch am Freitagabend noch nicht fertiggestellt worden. Man vertagte die Entscheidung auf heute vormittag. Im einzelnen sieht das Programm vor, daß allein für die Landwirtschaft Summen im Ausmaß von 281 Millionen Mark geopfert werden. Sie verteilen sich wie folgt:

- Für Umschuldungskredite rund 200 Millionen Mark, für Schlachtungs- und Fleischorganisation rund 30 Millionen Mark,
- für Notstandshilfen 30 Millionen Mark,
- für Zentralgenossenschaften 20 Millionen Mark,
- für Verbesserung der Geflügelzucht und Produktionsanstalten 1 Million Mark,
- zusammen 281 Millionen Mark.

Ueber den Umschuldungskredit, wie er von der Regierung geplant ist, wurde im Hauptauschuh des Reichstags bereits verhandelt. Ein Gesetzentwurf der Regierung hat aber bis jetzt noch nicht vorgelegen, so daß die Umschuldungskredite in Frage kommende Summe von 200 Millionen Mark in den Nachtragsetat eingestellt werden müßte. Sie soll dann in der Form von Auslandskrediten wieder in die Reichskasse zurückfließen. Auch von den 30 Millionen Mark für Schlachtungs- und Fleischorganisation sollen 10 Millionen zurückfließen, so daß rund 71 Millionen neue einmalige Ausgaben für die Landwirtschaft sich aus den Beschlüssen des Reichskabinetts ergeben werden. In diesen 71 Millionen erschöpft sich aber die geplante Hilfsaktion für die Landwirtschaft nicht. Das Reichskabinett schlägt außerdem auf Kosten der Arbeitnehmerschaften eine weitere ratenweise Herabsetzung des Geflügelkontingents vor, das schließlich ganz verschwinden soll. Außerdem soll der Rentenbankkreditanstalt die Ermächtigung gegeben werden, sich zur Verfügbung von Krediten an anderen Bankinstituten zu beteiligen. Dafür plant die Reichsregierung ebenfalls noch weitere 50 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

Außer diesen Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft, die in dem Notprogramm der Bürgerblockregierung den größten Raum einnehmen und an vorderster Stelle stehen, sollen die Steigerungssätze für Invalidenrenten vom 1. Juli ab eine Erhöhung von 40 Prozent erfahren. Das bedeutet praktisch eine Erhöhung der Renten um monatlich 3,30 Mark. Insgesamt soll hierfür ein Mehraufwand von 100 Millionen Mark erforderlich sein. Außerdem ist ein Betrag von 3 Millionen Mark zur Unterstützung der Werklospensionäre vorgesehen. Daneben will man 30 Millionen Mark mehr als bisher für die Kleinrentner opfern. Die hierdurch entstehenden Gesamterhöhungen betragen 158 Millionen Mark. Davon sind 133 Millionen dauernde Ausgaben. Die Regierung will diese Summen dadurch decken, daß sie die mit 1050 Millionen angelegten Einnahmen aus Zöllen um 200 Millionen Mark erhöht.

Ueber die Stellung der Parteien zu diesem „Arbeitsprogramm“ des Bürgerblocks, das besser den Namen Liebesgabenbukett für die Agrarier tragen müßte, berichtet der Soz. Pressedienst:

Das Zentrum hat bisher als einzige Fraktion diesem Arbeitsnotprogramm seine Zustimmung erteilt. Die Deutsche Volkspartei hat dagegen mehrere Bedenken geltend gemacht. Sie ist zwar für die landwirtschaftlichen Notmaßnahmen, aber gegen die Erhöhung der Invalidenrente in dem Ausmaß von 100 Millionen Mark. Andererseits können die Deutschnationalen für die Großagrarier nicht genug Millionen heraus schlagen. Sie verlangen zunächst eine einmalige, dafür aber gleichzeitig wesentlich umfangreichere finanzielle Hilfsaktion für die Landwirtschaft. Was hier „einmalig“ heißt, ist allgemein bekannt. Man versucht, unter diesem „einmalig“ große Summen herauszuschlagen, und, wenn auch diese Millionen verpulvert sind, dürfte man in wenigen Wochen oder Monaten neue Ansprüche an den Steuerfiskus stellen.

Die Bedenken und Wünsche der Volkspartei bzw. der Deutschnationalen wurden gestern gegen Mittag in einer zweiten interfraktionellen Besprechung der bisherigen Regierungsparteien erörtert, ohne daß eine Einigung zustande gekommen wäre. Auch das Kabinett befachte sich noch einmal mit den Forderungen der beiden Rechtsparteien. Viel herausgekommen ist dabei nicht. Die einzelnen Regierungsmitglieder haben sich am Freitagabend eifrig bemüht, die Schuld für einen ergebnislosen Verlauf der Verhandlungen über das Notprogramm und damit für eine sofortige Auflösung des Reichs-

tages auf die Oppositionsparteien zu schieben. Man erlaubte sich diese Kühnheit, obwohl es weder eine geschlossene Regierung, noch eine geschlossene Regierungskoalition gibt. So wurde u. a. von der Sozialdemokratie, wie von den Demokraten die bindende Verpflichtung gefordert, über das Notprogramm der Regierung hinaus keine Vorträge zu stellen, die den geschäftsordnungsmäßigen Gang der Verhandlungen im Reichstag stören könnten. „Stören“ ist hier natürlich im Sinne des Bürgerblocks gemeint. Man will die bisherige Opposition praktisch mundtot machen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat sich bereits am Freitag in vorgezogener Abendstunde mit dem Inhalt des Notprogramms der Bürgerblockregierung befaßt. Er wird heute vormittag um 9 Uhr seine Beratungen fortsetzen und dann der Gesamtfraktion, die um 9 1/2 Uhr zusammenzutreten soll, über den augenblicklichen Stand der Lage Bericht erstatten.

Der Soz. Pressedienst bemerkt dazu noch, daß es jedenfalls sicher ist, daß eine sofortige Auflösung unvermeidlich ist, wenn es nicht zu einer Einigung über das Arbeitsprogramm kommen sollte. Die Aussichten hierfür sind im Augenblick mehr als gering, und es scheint fast, als ob der Streit weniger um den sachlichen Inhalt dieses Programms, als um die Verantwortung für den ergebnislosen Verlauf der Verhandlungen geht.

Wir fragen uns wirklich, woher die bürgerlichen Parteien soviel Dreistigkeit nehmen, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zuzumuten, das unmögliche „Arbeitsprogramm“ zu schließen und auf selbständige Anträge Verzicht zu leisten. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Sozialdemokratie sich dazu hergeben kann und hergeben wird. Denn viel schlechter als den Agrariern geht es den schlechtesten Massen der Ar-

beiterchaft, geht es den mehr als 1 1/2 Millionen Arbeitslosen, geht es den Sozialrentnern! Hilft die Reichsregierung mit einigen hundert Millionen den Agrariern, dann muß erst recht den wirklich Notleidenden geholfen werden!

Keine Klarheit!

Berlin, 18. Februar. (Eigene Drahtmeldung).

Die sozialdemokratische Fraktion war für 10 Uhr vormittags zu einer Sitzung berufen worden. Es wurde über den Stand der gegenwärtigen Situation Bericht gegeben. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Nach der Fraktionsitzung sollen die Führer der Sozialdemokratischen Partei vom Bizekanzler Hergt empfangen werden. Bei dieser Gelegenheit soll das Notprogramm und die Stellungnahme der Sozialdemokraten zu diesem durchgesprochen werden. Für 12 Uhr mittags ist eine neue Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion einberufen.

Die demokratische Fraktion ist heute vormittag ebenfalls zusammengetreten. Sie hat sich mit dem Notprogramm der Regierung einverstanden erklärt. Am Ende einer Entscheidung wird festgestellt, daß etwa erforderliche Verbesserungsanträge von der Fraktion erst gestellt werden könnten, wenn der Wortlaut der einzelnen Vorlagen bekannt sei.

Man rechnet jetzt bereits mit der Tatsache, daß eventuell Montag eine weitere Sitzung des Reichstages stattfinden wird. Vielleicht auch, daß nach einer kurzen Tagungspause der Reichstag zur endgültigen Erledigung der Krise nochmals einberufen wird.

Erfolglose Metallverhandlungen

Unternehmer unter Führung der Schwerindustrie hartnäckig

Verhandlungen vertagt

Sonnabend 9 1/2 Uhr Fortsetzung

Die Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes in der mitteldeutschen Metallindustrie, die am Freitagvormittag um 11 Uhr im Reichsarbeitsministerium begannen, mühten um 14 1/2 Uhr ergebnislos abgebrochen werden. Eine Einigung war unmöglich, da die Vertreter der Unternehmer absolut kein Entgegenkommen zeigten. Alle Bemühungen des Schlichters, Ministerialrat Hauschild, eine Einigung herbeizuführen, scheiterten an der Halsstarrigkeit der Metallindustriellen. Um 15 1/2 Uhr trat darauf die Schlichterkammer zusammen. Abends 21 Uhr wurden die Verhandlungen auf Sonnabend 9 1/2 Uhr vertagt.

Nach einer Woffmeldung erklärten die Vertreter der Unternehmer, sie könnten unter keinen Umständen über den Dreipennig-Schiebespruch hinausgehen, da bereits in großem Umfange Aufträge rückgängig gemacht worden seien und eine weitere Lohnerrhöhung von der Industrie nicht getragen werden könnte. Demgegenüber betonte die Vertreter der Metallarbeiter, der Dreipennig-Schiebespruch stehe in keinem Verhältnis zu der ausgesetzten Forderung einer Lohnerrhöhung um 15 Pfg. und entspreche auch keineswegs der inzwischen eingetretenen Teuerung der Lebensbedürfnisse.

In ruhiger Erwartung

Ein Aufruf der Berliner Metallarbeiter

SPD Berlin, 18. Februar. (Radio).

Die Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes richtet heute anlässlich der am 22. Februar in Kraft tretenden Aussperrung an die Berliner Metallarbeiter einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

„Durch den Beschluß der Unternehmer werden in Berlin rund 250 000 Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Straße geworfen. Der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat in einer Entscheidung die Stellung unserer Organisation zum Beschluß der Metallindustriellen zum Ausdruck gebracht und fordert die Kolleginnen und Kollegen im Lande auf, den ihnen aufgezwungenen Kampf in der gleichen und musterähnlichen Weise fortzusetzen, wie ihn unsere mitteldeutschen Kollegen bis zur Stunde geführt haben, bis die Unternehmer zu einem die Arbeiter befriedigenden Abschluß bereit sind.“

Diesem Beschluß machen wir uns zu eigen und fordern die Metallarbeiter Berlins auf, sich geschlossen hinter die Anweisungen ihrer Organisationen zu stellen, damit der geschlossenen Front der Unternehmer die einzige, disziplinierte Front der Arbeiter gegenübergestellt werden kann.“

Ausperrung in Leipzig

Die Unternehmer in Sorgen

Die Leipziger Metallindustriellen haben nunmehr angekündigt, daß sie ihre Betriebe am Dienstag bzw. Mittwochabend schließen werden. Aber wohlgemerkt: nur für die ohne Vereinbarung einer Kündigungsfrist Beschäftigten. Gleichzeitig bemühen sich die Ausperrter jedoch noch möglichst viele „Kündiger“ zu gewinnen. Nach dem geltenden Recht nehmen die Unternehmer an, daß sie in eine Synpatie-Ausperrung ohne Annahme einer Kündigungsfrist ohne Gefahr, dafür haftbar gemacht zu werden, auch diejenigen Arbeiter einbeziehen können, die eine tariflich festgelegte Kündigungsfrist haben. Das gilt nicht für die Arbeiter, deren Kündigungsfrist durch Einzelearbeitsvertrag festgelegt wurde. Die Unternehmer der Leipziger Metallindustrie suchen also eine Möglichkeit, mit ihren „Kündigern“ den Betrieb fortzuführen unter Umständen, die sie ihren Unternehmerkollegen gegenüber „rechtfertigen“. Das ist bezeichnend dafür, wie wenig wohl den Herren bei dem von ihnen provozierten Kampfe ist. Die Metallarbeiter werden sich alle Mühe geben, dafür zu sorgen, daß ihnen näher noch weniger wohl ist.

Die Großen und die Kleinen

Die Frankfurter Zeitung gibt sich in ihrer Sonnabendmorgen-Ausgabe alle Mühe, den Unternehmern der Eisen verbrauchenden Fertigungsindustrie zu sagen, daß sie sich nicht sollen von den Schwererisenherren ins Schlepptau nehmen lassen. Die Frankfurter Zeitung sagt ganz richtig: „Die deutsche Fertigungsindustrie, die Metallindustrie speziell, ist eben in Wahrheit der Prellbock seiner Wirtschaftspolitik, die ihr durch die Zölle und Kartelle ihrer Verkäufer das Material und die ihren Arbeitern durch Getreidezölle die Lebenshaltung verteuert. Hier liegt ihre Not.“

Daraus sollen die Metallindustriellen erkennen, daß ihre Interessen und die ihrer Arbeiter ja in Wahrheit große Strecken Weges zusammengehen — gegen die schwerindustriellen Kartellmonopolisten und Schutzgöller nämlich. Wie aber die Metallindustriellen darüber in Wirklichkeit denken, das geht daraus hervor, daß sie sich bei den Berliner Verhandlungen durch einen Herrn der Schwerindustrie, den Direktor Hillmann vom Kruppischen Gusseisenwerk, vertreten lassen.